

E-Government Schweiz

Umsetzungsplan 2020–2023

14. Oktober 2019

Inhalt

1	Einleitung	3
2	Übersicht über die Umsetzungsziele	4
3	Umsetzungsziele.....	5
3.1	Digitale Interaktions- und Partizipationsangebote national ausbauen	5
3.1.1	UZ1: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb des neuen ch.ch etablieren	5
3.1.2	UZ2: EasyGov.swiss ausbauen.....	6
3.1.3	UZ3: E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern	7
3.1.4	UZ4: eUmzugCH schweizweit ausbreiten.....	8
3.1.5	UZ5: E-Voting neu ausrichten und stabilen Versuchsbetrieb sicherstellen	9
3.1.6	UZ6: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern	10
3.1.7	UZ7: Signaturvalidator schweizweit etablieren	11
3.2	Nationale Basisdienste für den elektronischen Behördenverkehr bereitstellen	12
3.2.1	UZ8: Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen	12
3.2.2	UZ9: E-ID etablieren	13
3.2.3	UZ10: Nationale Adressdienste aufbauen	14
3.2.4	UZ11: Standardisierung fördern	15
3.2.5	UZ12: Anonymisierte und nicht-vertrauliche Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden frei zugänglich machen	16
3.3	Interföderale Zusammenarbeit für die digitale Transformation verbindlich regeln.....	17
3.3.1	UZ13: Konzept zur Nachvollziehbarkeit der Verwendung persönlicher Daten erarbeiten.....	17
3.3.2	UZ14: E-Government-Architektur für den strategischen Umsetzungsplan erarbeiten und führen.....	18
3.3.3	UZ15: Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten.....	19
3.3.4	UZ16: Projekte der Gemeinwesen in den Bereichen Informatik und E-Government unterstützen	20
3.3.5	UZ17: Innovative Projekte fördern.....	21
3.3.6	UZ18: Datenplattformen der Verwaltung fördern	22
3.4	Wissen zur Digitalisierung der Verwaltung fördern und Vertrauen stärken	23
3.4.1	UZ19: Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken.....	23
3.4.2	UZ20: Kenntnisse des Nutzenpotentials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern.....	24
3.5	Budgetübersicht (in CHF 1000).....	25

1 Einleitung

Der Umsetzungsplan ist das Umsetzungsinstrument der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023. Darin sind die Umsetzungsziele dem zugehörigen strategischen Ziel zugeordnet. Der vorliegende Umsetzungsplan führt 20 Umsetzungsziele mit den dazugehörigen Massnahmen auf. Alle Umsetzungsziele beinhalten mindestens eine definierte Massnahme.

2 Übersicht über die Umsetzungsziele

Nachstehend findet sich eine Übersicht der Umsetzungsziele, jeweils zugeordnet zu den strategischen Zielen. Für eine einfachere Verständlichkeit sind die Umsetzungsziele innerhalb eines strategischen Ziels in Themen unterteilt.

Strategisches Ziel	Thema	Umsetzungsziel
Digitale Interaktions- und Partizipationsangebote national ausbauen	E-Service	<ul style="list-style-type: none"> • EasyGov.swiss ausbauen • eUmzugCH schweizweit ausbreiten • E-Voting neu ausrichten und stabilen Versuchsbetrieb sicherstellen • Signaturvalidator schweizweit etablieren
	Partizipation	<ul style="list-style-type: none"> • E-Partizipationsprojekten auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern
	Zugang	<ul style="list-style-type: none"> • Behördenübergreifende E-Information / Betrieb neues ch.ch etablieren • Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern
Nationale Basisdienste für den elektronischen Behördenverkehr bereitstellen	IAM	<ul style="list-style-type: none"> • E-ID etablieren
	Daten	<ul style="list-style-type: none"> • Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung erarbeiten • Nationale Adressdienste NAD aufbauen • Anonymisierte und nicht-vertrauliche Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden frei zugänglich machen
	Standards	<ul style="list-style-type: none"> • Standardisierung fördern
Interföderale Zusammenarbeit für die digitale Transformation verbindlich regeln	Architektur	<ul style="list-style-type: none"> • E-Government-Architektur für den strategischen Umsetzungsplan erarbeiten und führen • Konzept zur Nachvollziehbarkeit der Verwendung persönlicher Daten erarbeiten
	Organisation	<ul style="list-style-type: none"> • Innovative Projekte fördern • Förderung von Datenplattformen der Verwaltung • Unterstützung von Projekten der Gemeinwesen in den Bereichen Informatik und E-Government
	Recht	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten
Wissen zur Digitalisierung der Verwaltung fördern und Vertrauen stärken	Vertrauen	<ul style="list-style-type: none"> • Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen verbessern
	Wissen	<ul style="list-style-type: none"> • Verwaltungsmitarbeitende kennen das Nutzenpotential von digitalen Prozessen

3 Umsetzungsziele

3.1 Digitale Interaktions- und Partizipationsangebote national ausbauen

3.1.1 UZ1: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb des neuen ch.ch etablieren

Thema: Zugang

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung

Die Webseite ch.ch dient als organisations- und staatsebenenübergreifendes Informationsangebot mit leicht verständlichen Antworten auf die wichtigsten Fragen von Privatpersonen zu Behördenthemen. Durch konsequente Suchmaschinenoptimierung, Mehrsprachigkeit und Accessibility (AX/UX) dient ch.ch als Anknüpfungspunkt bei Google und ist Einstiegsseite und verbindendes Element in der Landschaft von Verwaltungsangeboten. Dieses Ziel ergänzt das Umsetzungsziel «Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern».

Massnahmen

M1: Aufbau einer neuen Webseite ch.ch. Stilllegung des alten ch.ch und Betrieb ch.ch inkl. Wartung und Support.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	100	70	70	100	340

3.1.2 UZ2: EasyGov.swiss ausbauen

Thema: E-Service

Leistungsverantwortliche Organisation: Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF, Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Ressort KMU-Politik

Beschreibung

EasyGov macht die für Unternehmen nötigen Behördengänge einfach auffindbar und ermöglicht eine effiziente Abwicklung mittels eines zentralen Zugangsportals für Behördenleistungen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Das sichere und zuverlässige Zugangsportal erlaubt es, Bewilligungs-, Antrags- und Meldeverfahren an einem Ort nach dem Once-Only-Prinzip zu erledigen.

Massnahmen

M1: Architekturreview betreffend Machbarkeit der Integration von kantonalen und kommunalen Leistungen unter Einbezug der relevanten Akteure in einer Studie erstellen.

M2: Integration von kantonalen Behördenleistungen für Unternehmen, die von mehreren Kantonen gewünscht werden, auf EasyGov sicherstellen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	100	100	100	100	400

3.1.3 UZ3: E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern

Thema: Partizipation

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Beschreibung

E-Government Schweiz stellt jährlich Mittel von 150'000 Franken zur Verfügung, um E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene zu fördern. Gemeinden und Kantone können in einem jährlichen Wettbewerb Unterstützung aus diesen Mitteln beantragen. Der Planungsausschuss E-Government Schweiz entscheidet über deren Zuteilung. Projekte müssen innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden. Ziel ist es, die elektronischen Kanäle für die Bürgerpartizipation in den Gemeinden und Kantonen zu etablieren.

Massnahmen

M1: Jährlichen E-Partizipationswettbewerb durchführen und die Unterstützung der ausgewählten Projekte sicherstellen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	150	150	150	150	600

3.1.4 UZ4: eUmzugCH schweizweit ausbreiten

Thema: E-Service

Leistungsverantwortliche Organisation: eOperations Schweiz AG

Beschreibung

Der E-Service für die elektronische Umzugsmeldung wurde bis Ende 2019 erfolgreich in der Mehrheit der Kantone eingeführt. Ziel ist es, dass eUmzugCH bis Ende 2020 in allen Kantonen der Schweiz zur Verfügung steht. Die im Rahmen der E-Government-Strategie Schweiz 2016–2019 aufgebaute Betriebsgesellschaft eOperations Schweiz AG führt das Projekt und unterstützt Kantone und Gemeinden bei der Einführung von eUmzugCH. Der Verband Schweizerischer Einwohnerdienste unterstützt die Gemeinden bei der Anpassung ihrer Einwohnerkontrollsysteme für die Kompatibilität mit der Lösung eUmzugCH.

Massnahmen

M1: Finanzierung der Projektleitung und Unterstützung durch den Verband Schweizerische Einwohnerdienste (VSED): Weiterentwicklung der Anwendung und technische Unterstützung der Gemeinden und Kantone. Sitzungen mit Lieferanten für Umsetzung der eCH-Standards.

M2: Abnahmetests und Integrationstests der Einwohnerkontrollsysteme, die noch nicht für eUmzugCH gerüstet sind.

M3: Mehrsprachigkeit, Werbung und Kommunikation: Die gesamte Dokumentation zu eUmzugCH auf Deutsch, Französisch und Italienisch vorlegen.

M4: Neue eCH-Standards für die Weiterentwicklung von eUmzugCH werden spezifiziert.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	225	0	0	0	225

3.1.5 UZ5: E-Voting neu ausrichten und stabilen Versuchsbetrieb sicherstellen

Thema: E-Service

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung

Bund und Kantone entwickeln einen stabilen Betrieb der elektronischen Stimmabgabe mit vollständig verifizierbaren Systemen. Sie etablieren einen neuen Prozess für das Risikomanagement. Ziel ist es, die Kantone optimal bei der Einführung von E-Voting zu unterstützen.

Massnahmen

M1: Unterstützung bei der Erfüllung der Sicherheitsanforderungen, der Umsetzung risikominimierender Massnahmen sowie der Zertifizierung sicherstellen.

M2: Unterstützende Massnahmen zur Förderung des Vertrauens in die elektronische Stimmabgabe realisieren.

M3: Durchführung des Gesetzgebungsprozesses: Rechtsgrundlagen des Bundes hinsichtlich wirksamer Zertifizierungs- und Zulassungsprozesse sowie Anforderungen an die Sicherheit prüfen.

M4: 5 Kantonale Vorhaben zur Einführung der elektronischen Stimmabgabe unterstützen

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	250	250	250	250	1000

3.1.6 UZ6: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern

Thema: Zugang

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung

In Zusammenarbeit mit den Betreibern von digitalen Behördenangeboten von Bund, Kantonen und Gemeinden werden Grundlagen für einen nutzerfreundlichen, einfachen, verständlichen und wo sinnvoll über die Staatsebenen hinweg einheitlicheren Zugang zu digitalen Informationen erarbeitet. Dafür werden einerseits multimediale und barrierefreie Inhalte aufbereitet und andererseits Manuals, Best Practices, Standards erarbeitet. Auch Studien und Pilotprojekte zu neuen Methoden und Technologien werden lanciert.

Das heute sehr heterogene, fragmentierte Angebot an Behördenwebseiten in der Schweiz soll zu einem erkennbaren «Informationsverbund» zusammenwachsen.

Massnahmen

M1: Aufbau, Betrieb und Weiterentwicklung des Content-Services (z.B. Accessibility, Gebärdensprache, User Experience, Multimediainhalte) inkl. Wartung, Support und Personalaufwand.

M2: Community-Projekte realisieren und weiterentwickeln und Veranstaltungen durchführen

M3: Analyse, Erstellung, Pflege von theoretischen Grundlagen zum Informationsverbund (Standards, Best Practices, Manuals), Leitfaden E-Service-Bereitstellung (interaction design) erstellen.

M4: Neue Technologien, Methoden, Lösungsansätze evaluieren; «Labor» für Pilotprojekte mit Stellen von Kantonen oder Gemeinden führen, allfällige technische Entwicklungen mit externer Unterstützung realisieren.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	900	930	930	900	3660

3.1.7 UZ7: Signaturvalidator schweizweit etablieren

Thema: E-Service

Leistungsverantwortliche Organisation: Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB)

Beschreibung

Der E-Government-Signaturvalidator, der im Projekt entwickelt wird, wird den heutigen Validator ablösen. Er wird den gängigen Schweizerischen und Europäischen Gesetzen und Standards entsprechen und die Validierung von elektronisch signierten Dokumenten aller Art (Verfügungen, Urkunden, Strafregisterauszüge, etc.) erlauben. Dafür steht der Bundesverwaltung, den kantonalen und kommunalen Behörden, aber auch der Bevölkerung sowie Dritten eine Web-basierte Lösung zur Verfügung.

Ziel ist es, einen Signaturdienst 2.0 zu etablieren, der die (heutigen) Einzelanwendungen, Signieren und Validieren umfasst. Damit werden auch neue Funktionalitäten wie die Automatisierung (Harmonisierung) der Prozesse und die direkte Anbindung diverser Fachanwendungen rund um den Signaturservice und den Validierungsdienst ermöglicht.

Massnahmen

M1: EGov Signaturvalidator als Vorarbeit für die Entwicklung des Signaturdienstes 2.0 einführen.

M2: E-Government-Signaturvalidator zu den Signaturdiensten 2.0 weiterentwickeln.

M3: Ausbreitung bei den Kantonen ab Anfang 2021. Grundlagen für die Beschaffung eines standardisierten Signaturdienstes für Kantone und Gemeinden durch eOperations Schweiz AG schaffen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	440	150	0	0	590

3.2 Nationale Basisdienste für den elektronischen Behördenverkehr bereitstellen

3.2.1 UZ8: Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen

Thema: Daten

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung

Identifikation der Bundesregister oder nationalen Dienste und der eindeutigen Identifikatoren, deren Daten von den öffentlichen Verwaltungen von Bund, Kantonen und Gemeinden genutzt werden. Dies betrifft die folgenden Register:

- Unternehmensregister
- Gebäude- und Wohnungsregister
- Personenregister
- Register für Geoinformationen

Diese vier Basisregister enthalten Querschnittsdaten und werden von allen öffentlichen Verwaltungen verwendet. Sie bilden die Stammdaten. Es gibt weitere Stammdaten, die von der öffentlichen Verwaltung über die Staatsebenen hinweg genutzt werden, z.B. in den Bereichen Gesundheit oder Verkehr. Diese werden im Projekt nicht berücksichtigt.

Das langfristige Ziel ist, dass die genannten Referenzdaten zentral von einer einzigen Verwaltungseinheit gepflegt werden: Andere öffentliche Verwaltungen führen nur die eindeutige Referenz des Objekts. Im Projekt wird ein Proof of Concept für die Umsetzung der bundesrätlichen Strategie betreffend Referenzdaten auf allen drei Staatsebenen erstellt. Bis Ende 2023 ist ein Pilotprojekt mit einem Kanton geplant. Das Projekt wird in Abstimmung zum Projekt Stammdatenverwaltung der Bundesverwaltung geführt.

Massnahmen

M1: Fachkonzept, Referenzarchitektur und Organisationskonzeptes für die Führung von Registern gemäss dem Once Only-Prinzip in Zusammenarbeit mit Ämtern der Bundesverwaltung und einem Pilotkanton erarbeiten (Scope: Personen, Unternehmen, Gebäude und Wohnungen sowie Geodaten).

M2: Inventar der durch Bund, Kantone und Gemeinden genutzten Stammdaten in Zusammenarbeit mit den Staatsebenen erstellen; Nationales Datenglossar, das für alle Fachbereiche verständlich ist, erarbeiten.

M3: Pilotprojekt beim BFS und einem Pilotkanton durchführen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	150	150	200	200	700

3.2.2 UZ9: E-ID etablieren

Thema: IAM

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Polizei (fedpol)

Beschreibung

Der Rechts- und Standardisierungsrahmen sowie die beim Bund notwendigen Organisationsstrukturen und IKT-Systeme für staatlich anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID) der Schweiz sind etabliert und erste Pilotprojekte umgesetzt.

Massnahmen

M1: Rechtsverbindlichkeit der Zusammenarbeit zwischen Staatsaufgabe und privater Umsetzung durch Identity Provider vorbereiten; Stakeholdermanagement sicherstellen.

M2: Zuordnung der E-ID-Registrierungsnummer zur AHVN13 in den Verwaltungssystemen aller Staatsebenen ermöglichen; Pilot-Anwendungen der E-ID unterstützen.

M3: Alle staatlichen Basisdienste bereitstellen, die für Betrieb und Nutzung der E-ID notwendig sind.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	410	860	0	0	1270

3.2.3 UZ10: Nationale Adressdienste aufbauen

Thema: Daten

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Justiz (BJ)

Beschreibung

Ein nationaler Adressdienst (NAD) für Behörden und Dritte mit gesetzlichem Auftrag erlaubt es diesen, Adressen von Personen, die in der Schweiz gemeldet sind, schweizweit zu suchen und abzugleichen. Für jede Behörde, die diese Information zwecks Erfüllung ihres Auftrags braucht, bietet der neue Dienst einen klaren Mehrwert. Denn Verwaltungen und Dritte können ihre Aufgaben einfacher wahrnehmen und beschleunigen, was zu Effizienzgewinnen führt. Auch die Qualität von Adressdaten, die in bestehenden Systemen der öffentlichen Hand bereits geführt werden, können verbessert werden. Einzelne Fachaufgaben können so qualitativ besser erbracht werden. Bei schriftlichen Kontaktaufnahmen können durch die Reduktion von Retouren Kosteneinsparungen erzielt werden.

Massnahmen

M1: Rechtsgrundlagen erarbeiten: Botschaft, Verordnungen, Begleitung parlamentarische Beratung.

M2: Konzeption & Beschaffung sicherstellen: Projektleitung, Architektur, Organisation, Informations- und Datenschutzkonzept (ISDS), WTO-Ausschreibung

M3: Systementwicklung vornehmen: Projektleitung, Spezifikation, Entwicklung, Test

M4: Einführung & Kommunikation umsetzen, Projektleitung, Vorbereitung Go Live

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	405	375	680	730	2190

3.2.4 UZ11: Standardisierung fördern

Thema: Standards

Leistungsverantwortliche Organisation: eCH

Beschreibung

Die Aktivitäten von eCH haben das Ziel, die elektronische Zusammenarbeit zwischen Behörden sowie zwischen Behörden und Dritten zu erleichtern. Dazu werden neue Standardisierungsthemen identifiziert und priorisiert sowie Standards erarbeitet, verabschiedet und gepflegt. Die Standardisierung bildet eine notwendige Basis für diverse E-Government-Projekte und tangiert direkt oder indirekt fast alle Handlungsfelder der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023.

Massnahmen

M1: Strategische Leistung: Unterhalt der Standardisierung sicherstellen, das heisst Pflege und Verankerung von Standards garantieren.

M2: Administrative und organisatorische Unterstützung von Fachgruppen von eCH anbieten.

M3: Standardisierungs-Checks (Potentialanalysen) durchführen

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	266	250	250	250	1016

3.2.5 UZ12: Anonymisierte und nicht-vertrauliche Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden frei zugänglich machen

Thema: Daten

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung

Das Angebot einer freien Nutzung maschinell bearbeitbarer Verwaltungsdaten («Open Government Data» kurz «OGD») ist Bestandteil von transparenten, wirtschaftlichen und medienbruchfreien elektronischen Behördenleistungen für die Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung sowie die Wissenschaft. Frei verfügbare Behördendaten vereinfachen durch einfach zugängliche Informationen die Entwicklung politischer Lösungen und ermöglichen wirtschaftliche Innovation.

Um das Angebot an freien Behördendaten möglichst effizient zu gestalten, koordinieren Bund, Kantone und Gemeinden ihre Datenpublikation und leisten damit gemeinsam einen wichtigen Beitrag zum Aufbau des schweizerischen Datenökosystems. Ziel ist es, diese Koordination direkt zu unterstützen und zu konkretisieren.

Massnahmen

M1: Initiativen im Bereich «Data Driven Innovation» auf kantonaler und kommunaler Ebene durch die Schaffung einer Community fördern.

M2: Projekt zur Stärkung der gemeinsamen Diffusion von Bund und Kantonen im Bereich der Statistik umsetzen.

M3: Hosting-Lösung für institutionelle Kleinanbieter offener Daten anbieten.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	150	150	150	150	600

3.3 Interföderale Zusammenarbeit für die digitale Transformation verbindlich regeln

3.3.1 UZ13: Konzept zur Nachvollziehbarkeit der Verwendung persönlicher Daten erarbeiten

Thema: Architektur

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Beschreibung

Ziel ist es, eine Grundlage zu erarbeiten, welche ein Zugriffstracking ermöglicht, das die Verwendung von persönlichen Daten durch Verwaltungsmitarbeitende aufzeichnet. In einer Studie ist zu untersuchen, welche Standards, Schnittstellen, Bussysteme oder sonstige Komponenten hierfür zu schaffen sind. Es gilt auch abzuklären, ob eine vollständiges Zugriffstracking realisierbar ist oder ob auf eine teilweise Umsetzung anzugehen ist.

Massnahmen

M1: Ein Pflichtenheft für die Ausschreibung erstellen.

M2: Ein Konzept für die Architektur eines Logsystems, das der Bevölkerung aufzeigt, welche persönlichen Daten eine Behörde eingesehen oder genutzt hat erstellen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	100	100	0	0	200

3.3.2 UZ14: E-Government-Architektur für den strategischen Umsetzungsplan erarbeiten und führen

Thema: Architektur

Leistungsverantwortliche Organisation: Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB)

Beschreibung

Die benötigten Architekturelemente, Systeme und Domänen sind zu sichten und zu definieren. Die Abhängigkeiten müssen aufgezeigt und eine architektonische Sicht auf die Vorhaben des Umsetzungsplan etabliert werden. Die Architektur wird zyklisch angepasst und nach Vorgaben der The Open Group Architecture Framework (TOGAF) geführt.

Der Umsetzungsplan beinhaltet verschiedene Umsetzungsziele und Massnahmen. Diese stehen in einem Zusammenhang, auch zu bestehenden oder noch zu schaffenden Systemen und Organisationen. Ziel ist es, dass die Massnahmen des Umsetzungsplans gemäss der Gesamtarchitektur gesteuert werden, um Abhängigkeiten und Schnittstellen frühzeitig aufzuzeigen.

Massnahmen

M1: Architekturboard aufbauen

M2: Gesamtarchitektur zur Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 definieren.

M3: Gesamtarchitektur umsetzen.

M4: Pilotprojekt zur Integration von E-Services in verschiedenen Portalen umsetzen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	100	200	450	100	850

3.3.3 UZ15: Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten

Thema: Recht

Leistungsverantwortliche Organisation: eJustice

Beschreibung

Eine zentrale Koordinationsstelle für rechtliche Fragen im E-Government-Umfeld unterstützt die Verbreitung der wichtigsten rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung von E-Government in der Schweiz und erleichtert den spezifischen Wissenstransfer unter den Gemeinwesen. Ein einfacher und rascher Zugang zu juristischem Wissen fördert die Qualität und die Nachhaltigkeit der Umsetzung von E-Government in der Schweiz.

Massnahmen

M1: Summarische Erstberatung: Die Gemeinwesen oder Projekte erhalten bei konkreten rechtlichen Fragestellungen eine summarische Erstberatung.

M2: Interkantonale Fachgruppe: Der Austausch zwischen den Gemeinwesen im Rahmen einer interkantonalen juristischen Fachgruppe wird gefördert.

M3: Grundauftrag: Koordination in rechtlichen Fragen, inkl. Pflege und Ausbau der online-Dokumentation auf der Webseite egovernment.ch/recht sicherstellen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	30	30	30	30	120

3.3.4 UZ16: Projekte der Gemeinwesen in den Bereichen Informatik und E-Government unterstützen

Thema: Organisation

Leistungsverantwortliche Organisation: Schweizerische Informatikkonferenz (SIK)

Beschreibung

E-Government Schweiz stellt für die Unterstützung von Projekten in den Bereichen Informatik und E-Government, die Bund, Kantone und Gemeinden im Rahmen von Arbeitsgruppen der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK) planen, bereit. Die Arbeitsgruppen können beim Vorstand der SIK Unterstützung aus diesen Mitteln beantragen. Der SIK-Vorstand entscheidet über die Zuteilung der Mittel.

Massnahmen

M1: Unterstützung von Projekten gemäss Vorschlag des Vorstands der SIK

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	200	150	150	150	650

3.3.5 UZ17: Innovative Projekte fördern

Thema: Organisation

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Beschreibung

Innovationen sind Projekte, die beispielsweise neue Technologien anwenden oder regionale Kooperationen fördern. Der Planungsausschuss bestimmt, welche Projekte im Rahmen der Innovationen unterstützt werden. Diese können eine Signalwirkung entfalten und später von weiteren Projekten, bzw. Verwaltungen übernommen oder angewendet werden.

Massnahmen

M1: Jährlicher Innovationswettbewerb durchführen und die Unterstützung der ausgewählten Projekte sicherstellen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	200	200	200	200	800

3.3.6 UZ18: Datenplattformen der Verwaltung fördern

Thema: Standards

Leistungsverantwortliche Organisation: Schweizerische Informatikkonferenz (SIK)

Beschreibung

Die SIK-Arbeitsgruppe Datenplattformen unterstützt die Bedürfnisse von öffentlichen Verwaltungen bei Beschaffung und Betrieb von kantonalen und kommunalen Datenplattformen. Die Umsetzung dieser Aufgabe erfolgt mittels gezielter Informationsaustauschs zwischen den Mitgliedern. Ebenso stehen praktische Fragen zu Geschäftsprozessen sowie der Interpretation und Anwendung von eCH-Standards im Zentrum. Bei Bedarf werden Projekte lanciert, Untergruppen gebildet oder Workshops organisiert, die sich spezifischen Themen rund um Datenplattformen widmen.

Massnahmen

M1: Interne Nutzung von Datenplattformen der Verwaltungen verankern, koordinieren und unterstützen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	25	25	25	25	100

3.4 Wissen zur Digitalisierung der Verwaltung fördern und Vertrauen stärken

3.4.1 UZ19: Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken

Thema: Vertrauen

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Beschreibung

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung ist in der Schweiz sehr hoch. Um auch das Vertrauen in die digitale Verwaltung zu festigen, soll transparent und zielgruppengerecht über Digitalisierungsprojekte der Verwaltung informiert werden.

Massnahmen

M1: Es werden regionale, zielgruppengerechte Veranstaltungen zum Thema E-Government in Zusammenarbeit mit wichtigen Mittlerinstitutionen wie Volksschulen, Berufsbildungszentren oder Volkshochschulen organisiert und durchgeführt.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	100	100	100	100	400

3.4.2 UZ20: Kenntnisse des Nutzenpotentials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern

Thema: Wissen

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Beschreibung

Kenntnisse zur Digitalisierung bzw. zum Wandel der Verwaltung unter der Digitalisierung sind wichtig, damit E-Government-Projekte, die häufig Veränderungen gewohnter Arbeitsabläufe nach sich ziehen, verwaltungsintern mitgetragen werden. Auch das Verständnis für neue Technologien hilft, damit neue digitale Arbeitsweisen adaptiert werden. Ziel ist es, in Weiterbildungskursen das Wissen zu Digitalisierung und E-Government zielgruppengerecht Führungskräften und Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung zu vermitteln und so das Vertrauen in die digitale Verwaltung zu stärken.

Massnahmen

M1: Kursangebot zur Digitalisierung von Verwaltungsprozessen für alle Staatsebenen in allen drei Amtssprachen aufbauen und bekannt machen.

Budget (in CHF 1000)

	2020	2021	2022	2023	Total
Jahresbudget	100	200	300	100	700

3.5 Budgetübersicht (in CHF 1000)

Jahr	2020	2021	2022	2023	Sum.
UZ1: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb des neuen ch.ch etablieren	100	70	70	100	340
UZ2: EasyGov.swiss ausbauen	100	100	100	100	400
UZ3: E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern	150	150	150	150	600
UZ4: eUmzugCH schweizweit ausbreiten	225	0	0	0	225
UZ5: E-Voting neu ausrichten und stabilen Versuchsbetrieb sicherstellen	250	250	250	250	1000
UZ6: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern	900	930	930	900	3660
UZ7: Signaturvalidator schweizweit etablieren	440	150	0	0	590
UZ8: Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen	150	150	200	200	700
UZ9: E-ID etablieren	410	860	0	0	1270
UZ10: Nationale Adressdienste aufbauen	405	375	680	730	2190
UZ11: Standardisierung fördern	266	250	250	250	1016
UZ12: Anonymisierte und nicht-vertrauliche Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden frei zugänglich machen	150	150	150	150	600
UZ13: Konzept zur Nachvollziehbarkeit der Verwendung persönlicher Daten erarbeiten	100	100	0	0	200
UZ14: E-Government-Architektur für den strategischen Umsetzungsplan erarbeiten und führen	100	200	450	100	850
UZ15: Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten	30	30	30	30	120
UZ16: Projekte der Gemeinwesen in den Bereichen Informatik und E-Government unterstützen	200	150	150	150	650
UZ17: Innovative Projekte fördern	200	200	200	200	800
UZ18: Datenplattformen der Verwaltung fördern	25	25	25	25	100
UZ19: Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken	100	100	100	100	400
UZ20: Kenntnisse des Nutzenpotentials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern	100	200	300	100	700
Total	4401	4440	4035	3535	15420
Ertrag (4 Mio. + Übertrag, 716 aus 2019)	4716	4315	3875	3840	+305
Saldo	+315	-125	-160	+305	

Definitionen, Akronyme und Abkürzungen

Begriff / Abkürzung	Bedeutung
AHVN13	Die AHVN13 – Abkürzung für «dreizehnstellige AHV-Nummer» – ist ein administrativer Identifikator für natürliche Personen. Sie wird von der Zentralen Ausgleichsstelle AHV/IV vergeben, bekannt gegeben und verwaltet.
BBL	Bundesamt für Bauten und Logistik; Verantwortlich für WTO-Ausschreibungen
best practice	best practice, auch Erfolgsmethode, Erfolgsmodell oder Erfolgsrezept genannt bezeichnet bewährte, optimale bzw. vorbildliche Methoden, Praktiken oder Vorgehensweisen.
BIT	Bundesamt für Informatik und Telekommunikation
BJ	Bundesamt für Justiz
BK	Bundeskanzlei
ch.ch	Die Webseite ch.ch dient als organisations- und staatsebenenübergreifendes Informationsangebot mit leicht verständlichen Antworten auf die wichtigsten Fragen von Privatpersonen zu Behördenthemen
Content Service	Der Begriff Content Services umfasst eine Weiterentwicklung des Konzeptes Enterprise Content Management (ECM). Hier wird der Fokus stärker auf dezentrale Lösungen gesetzt, welche mobiles und flexibles Arbeiten unterstützen. Die Content Services umfassen das automatisierte Auslesen der Informationen in den Dokumenten und das intelligente Arbeiten mit diesen Daten.
eCH	Der Verein eCH fördert, entwickelt und verabschiedet Standards im Bereich E-Government. Für eine effiziente elektronische Zusammenarbeit zwischen Behörden, Unternehmen und Privaten.
eIAM	eIAM-Services steuern den Zugang zu den Webanwendungen der Bundesverwaltung und schützen diese vor unerlaubtem Zugriff (Access Control); Betreiber ist BIT, Bundesstandard
E-ID	Elektronische Identität; Etablierung einer national und international gültigen elektronischen Identität
eOperations Schweiz AG	Der Zweck von eOperations Schweiz ist der gemeinsame Aufbau und Betrieb von IT-Lösungen für digitalisierte Behördenleistungen von Bund, Kantonen und Gemeinden.
E-Services	E-Services sind Dienstleistungen, die über das Internet mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnologie erbracht werden.
eUmzug	Der elektronische Dienst «eUmzug Schweiz» ist eine Dienstleistung der beteiligten Kantone und Gemeinden. Er dient ausschliesslich der Erfüllung der persönlichen Meldepflicht bei Umzug von Privatpersonen mit Schweizer Wohnsitz.
ISB	Informatiksteuerungsorgan des Bundes
ISDS	Informations- und Datenschutzkonzept. Ein Pflichtergebnis aus HERMES. Basis ist die Schutzbedarfsanalyse.
LE	Leistungserbringer (Bundesverwaltung)
NAD	Aufbau nationaler Adressdienste; Derzeit gibt es keinen nationalen Dienst, mit dessen Hilfe Verwaltungseinheiten die aktuell gültigen Wohnsitzadressen von Personen validieren, suchen oder abgleichen können.

Stammdaten	Stammdaten ist ein Begriff aus der Informatik, mit dem Daten bezeichnet werden, die Grundinformationen über betrieblich relevante Objekte (wie Personen, Geodaten, Gebäude oder Unternehmen) enthalten, die zur laufenden (in der ganzen Schweiz) Verarbeitung erforderlich sind.
Signaturvalidator	Um die Akzeptanz von elektronisch signierten Dokumenten bei den Empfängern zu erhöhen, brauchen diese eine Möglichkeit, die Echtheit (Authentizität) und Unverfälschtheit (Integrität) des erhaltenen Dokumentes zu überprüfen. Dazu dient die Signatur-Validierung
SIK	Die Schweizerische Informatikkonferenz (SIK) ist eine interkantonale gesamtschweizerische Organisation, in der die Informatikorganisationen der öffentlichen Verwaltungen Bund, Kantone, Gemeinden und das Fürstentum Liechtenstein zusammengeschlossen sind. Ziel der Schweizerischen Informatikkonferenz ist, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Informatik und Telekommunikation (ICT) zu fördern
TOGAF	Das The Open Group Architecture Framework (TOGAF) bietet einen Ansatz für Entwurf, Planung, Implementierung und Wartung von Unternehmensarchitekturen.
UX/AX	Accessibility (AX) und User Experience (UX). HERMES hat eine Die AX/UX-Guideline, welche zeigt wie in IT-Projekten effizient und effektiv integriert werden können und unterstützt die Projektbeteiligten in ihren Rollen.
VSED	Der Verband Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED) ist eine Fachorganisation für über 800 Einwohnerdienste aus allen Teilen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein.